

Warum Deutschland die EEG-Umlage für Ökostrom-Importe zahlen soll

Die ökonomischen Fakten und die politischen Hintergründe eines EU-Diktates
von Hermann Patzak

Die EU-Kommission verlangt von Deutschland, die Ökostrom-Importe in gleicher Weise zu subventionieren wie den im Inland erzeugten Ökostrom. Das empört die Bosse der deutschen Regierungsparteien. Eigentlich stehen alle Bundestagsparteien zur Energiewende in Deutschland, die den Deutschen Knall auf Fall von der Schwarz-Gelben Regierungskoalition unter Kanzlerin Merkel im März 2011 „aufs Auge gedrückt“ wurde, obwohl die gleiche Regierung erst wenige Monate zuvor entschieden hatte, die Laufzeit der Atomkraftwerke zu verlängern. Heute stehen alle Konsensparteien des Bundestags einvernehmlich zu dieser Energiewende, nur über Einzelheiten der Ausgestaltung kommen sie sich immer wieder in die Haare. So blieb auch die klammheimliche Häme nicht aus, als die EU jetzt (2014) vermeinte, den Deutschen die Bedingungen diktieren zu können, unter denen sie die neuerliche Reform der Energiewende genehmigen würde. Und die heißt: Deutschland müsse Ökostrom-Importe (aus den EU-Ländern) mit dem gleichen Betrag subventionieren wie die Ökostromproduktion im Inland. Die Analyse dieses Streits ist geeignet, die Konturen ökonomischer und politischer Zusammenhänge zu erkennen und aufzuzeigen, die ansonsten nie ans Tageslicht kämen! Worum geht es?

Die EU hat generell allen Mitgliedsländern die Subventionierung einzelner Unternehmen und ganzer Branchen unter Strafe verboten. Dieses Verbot (Beihilfeverbot) ergibt sich aus dem Dogma des Liberalkapitalismus. Das besagt: der Staat dürfe nicht direkt in das Marktgeschehen eingreifen, weil dadurch der Wettbewerb verfälscht würde. Dieser Glaubenssatz ist in die konkrete juristische Ausgestaltung der EU-Verfassung eingeflossen. Damit begründet die EU-Kommission ihre Weigerung, die deutsche EEG-Umlage zu genehmigen. Informieren wir uns über die Fakten:

Im Jahr 2014 beträgt die Zuzahlung auf den Ökostrom 6,24 Cent je Kilowattstunde. Diesen Betrag müßte Deutschland dann auch den Ökostromproduzenten im EU-Ausland auszahlen, sofern sie ihren Strom nach Deutschland exportierten. Im EU-Ausland (z.B. in Frankreich, Finnland oder Tschechei) bestand bisher gar kein Anlaß, zusätzlichen Ökostrom zu erzeugen oder gar zu exportieren, weil diese Länder genügend konventionellen Strom erzeugen (darunter reichlich Atomstrom), und die Politiker dieser Länder nicht im Traum daran denken, sich in das Abenteuer einer überstürzten Energiewende einzulassen. Das Desinteresse an der Erzeugung von Ökostrom in diesen Ländern wäre allerdings schnell zu Ende, wenn man für den Export von Ökostrom nach Deutschland den Preis erhielte, den die Deutschen ihren Produzenten zahlen. Die nachstehende Tabelle macht deutlich, warum:

	Ct/KW/h	% Anteil
Marktpreis	3,47	35,7%
EEG-Umlage	6,26	64,3%
Σ Einnahmen	9,73	100,0%

Der durchschnittliche Marktpreis für eine Kilowattstunde beträgt zur Zeit 3,47 Cent (aktueller Preis in der letzten Juni-Woche 2014 an der Strombörse Phelix¹). Hinzu kommt die fast doppelt so hohe EEG-Umlage von 6,26 Cent.

¹ Nicht zu verwechseln mit dem Verbraucherpreis für Haushalte, der 2014 bei ca. 29 Ct/KW/h betrug.

Diese Umlage bezahlen die Stromverbraucher in Deutschland (Haushalte und Unternehmen). Statt 3,47 Cent erhalten also die Ökostromproduzenten 9,73 Cent, das ist ein fast dreimal so hoher Preis. Diesen Preis erzielten dann auch die Ökostrom-Lieferanten aus dem Ausland, wenn die Deutschen die EEG-Umlage bezahlen müßten.

Der Grund, warum die Deutschen den Mehrpreis bezahlen, ist klar. Ökostrom ist (zumindest heute noch) teurer als der Strom aus Atomkraft und Kohle. Um die Energiewende überhaupt in Gang zu bringen und die Produktion von Ökostrom kontinuierlich zu steigern, mußte den potentiellen Produzenten ein Aufpreis gezahlt werden, damit sich für sie die Produktion rentierte. Dieser Aufpreis wird aus der Differenz des an der Strombörse gehandelten Marktpreises und den Produktionskosten (Selbstkosten) der Ökostromanbieter errechnet. Wenn der Börsenpreis sinkt – was in den letzten Jahren geschehen ist – steigt der Aufschlag. Zugleich stieg auch die Summe der EEG-Subventionierung, weil die Zahl der Ökostromproduzenten zunahm. Die Stromverbraucher mußten einen immer höheren Zuschlag bezahlen, weshalb sich die deutsche Regierung genötigt sah, das EEG-Gesetz zu reformieren. Damit wird die handwerkliche Stümperhaftigkeit der Energiestrukturwende offenkundig, denn man hätte die EEG-Umlage von Anfang an dynamisch an den sich ändernden Eckpunkten (dynamischer Marktpreis und Anstieg der Ökostrommenge) ausrichten müssen.

Worauf es hier aber ankommt, ist die Größenordnung des Subventionsanreizes für die Anbieter. Die nachstehende Tabelle zeigt an einem Zahlenbeispiel, wie der Aufpreis die Einnahmen, den Gewinn und damit die Rendite des Ökostromproduzenten verbessert für den Fall, daß die Produktionskosten (Selbstkosten) ansteigen sollten.

Verkkalkulation	Cent/KW/h					
Marktpreis	3,47	3,47	3,47	3,47	3,47	3,47
- Selbstkosten	4,50	5,50	6,50	7,50	8,50	9,50
Mkt.Gew/Verl.	-1,03	-2,03	-3,03	-4,03	-5,03	-6,03
+ EEG-Umlage	6,26	6,26	6,26	6,26	6,26	6,26
Verkaufspreis	9,73	9,73	9,73	9,73	9,73	9,73
eff. Gew/Verl.	5,23	4,23	3,23	2,23	1,23	0,23
Umsatzrendite	53,8%	43,5%	33,2%	23,0%	12,7%	2,4%

In der Spalte 1 stehen dem Marktpreis von 3,47 Cent Selbstkosten von 4,50 Cent für 1 Kilowattstunde gegenüber. Der Ökostromproduzent würde einen Verlust von 1,03 Cent machen, weshalb er nicht bereit wäre, Strom zu produzieren. Da er aber infolge der EEG-

Untern.	USR
EON	1,8%
VW	4,6%
Siemens	5,8%
Audi	8,0%
BMW	7,0%

Umlage in Höhe von 6,26 Cent einen Preis von 9,73 Cent erzielt, macht er einen Gewinn von 5,23 Cent je KW/h. Aus diesem Gewinn errechnet sich eine Umsatzrendite von 53,8 Prozent (Gewinn im Verhältnis zum Umsatz). Wenn wir unsere Annahme der Selbstkosten von 4,50 Cent kontinuierlich um 1 Cent erhöhen wie das in den Spalten 2-6 geschehen ist, dann ändert sich an dieser hohen Umsatzrendite nicht viel. Sie verringerte sich zwar, aber sogar bei Selbstkosten von 9,50 Cent bliebe sie mit 2,4% positiv. Wie die Größe der Umsatzrendite zu bewerten ist, soll ein Vergleich mit der Rendite einiger deutscher Großunternehmen in der nebenstehenden Tabelle vermitteln.²

Unsere Modellrechnung könnte man ebenso für den Fall kontinuierlich sinkender Marktpreise durchführen. Die Erkenntnis würde sich nicht ändern. Sie lautet: Der (ungewöhn-

² Quelldaten aus FAZ, Die hundert größten Unternehmen, 02.07.2014, Seite U2.

lich hohe) Subventionsbetrag (die EEG-Umlage) sichert jedem Investor eine ungewöhnlich hohe Rendite. Und dieser Subventionsbetrag muß von den Deutschen aufgebracht werden, egal, wie er auf Haushalte und Wirtschaft verteilt wird. Doch kommen wir zu einem weiteren Aspekt, der weder von den Medien, noch von der Politik genannt wird:

Müßte Deutschland auch die EEG-Umlage auf alle Ökostrom-Importe aus dem EU-Ausland bezahlen, würde das Investoren aller Art und Herkunftsländer, z.B. auch aus den USA, nach Europa locken, um an der Energiewende der Deutschen kräftig mitzuverdienen. Natürlich ist diese Sorte von Investoren (ausländische Kapitalanleger) auch heute schon in Deutschland Nutznießer der EEG-Subventionierung geworden – dank der global kapitalistischen Ideologie des unbegrenzt freien Kapitalzugangs. Sie hat von Anfang an der anglo-amerikanischen Finanzindustrie die größten Vorteile gebracht. Aber in Deutschland sind dem vagabundierenden Kapital durch die beschränkte Nutzungsfläche natürliche Grenzen gesetzt. Das würde sich sofort ändern, wenn die Internationale der Investoren den Ökostrom in allen EU-Ländern produzieren und nach Deutschland exportieren könnte.

Zusätzliche Investitionen in Europa? Das paßt genau in diese Zeit noch nie dagewesener Niedrigzinsen, in der die Notenbanken eine Geldschwemme inszenieren, wie sie die Welt noch nie gesehen hat. Das entspräche auch ganz den Vorstellungen der Politiker in Spanien, Italien, Portugal und Frankreich, die ja schon lange darauf drängen, ihre Krise mit mehr Wachstum zu überwinden. So würden expansive Geld- und Fiskalpolitik (steigende Staatsausgaben) im Zusammenspiel die lahrende Wirtschaft wieder in Schwung bringen – so die Vorstellung der Wachstumsfetischisten. Fremdkapital ist so billig wie nie zuvor und je weniger Eigenkapital eingesetzt wird, desto höher wird die Eigenkapitalrendite dank des Hebelwirkungseffekts³. Die sogenannten Investoren werden förmlich genötigt, Geld auch dann auszugeben, wenn sie keines haben.

Natürlich wären die Deutschen (wieder einmal) die Dummen, würden sie doch diesmal die Gewinne der internationalen Investoren mit ihren Steuern bzw. EEG-Umlagen über die hohen Strompreise direkt bezahlen. Als man sie bei den EU-Nettozahlungen schröpfte und ihnen auch bei der Haftungsübernahme aus den Schulden der Euro-Partnerländer einredete, sie seien moralisch dazu verpflichtet, weil sie die größten Profiteure der EU und des Euro seien, war dies zwar ganz offensichtlich gelogen, aber die Deutschen glaubten den Lügern und glauben ihnen heute noch immer. Doch jetzt, wo sie für jedermann erkennbar mit ihren Geldern die Renditen der Investoren aus aller Herren Länder aufpäpeln sollen, wird es wohl sehr viel schwerer, ihnen diese Notwendigkeit plausibel zu machen. Um das zu vermeiden, ist wohl das Beste, ihnen die ökonomischen Vorgänge überhaupt zu verschweigen, wobei man natürlich auch fragen müßte, wer von den wohldoctierten deutschen Berufspolitikern die ökonomischen Zusammenhänge wirklich selbst durchschaut?

Eigentlich brauchten sie es auch gar nicht, genügte es doch, die Forderung der EU aus einem ganz anderen Grund abzulehnen. Den nannte Wirtschaftsminister **Sigmar Gabriel**, als er sagte: „*Die: EU zerstört die Ökostromförderung*“⁴. Und die systemtragenden Me-

³ Angenommen, eine Investition von 1000, die jeweils zur Hälfte mit Eigen- und Fremdkapital finanziert wird, bringt einen Gewinn von 100 (=10%) und der Fremdkapitalzins beträgt 5%, dann bleiben dem Eigentümer nach Abzug der Zinsen von $500 * 5\% = 25$ also 75 Euro des Gesamtgewinnes, so daß seine Rendite sich mit $75:500 = 15\%$ errechnet. Wenn dieser Eigentümer aber Fremdkapital in Höhe von 800 und Eigenkapital von nur 200 einsetzt, dann verbleiben ihm nach Abzug der Fremdkapitalzinsen (von $800 * 5\% = 40$) 60 Euro und seine Rendite steigt auf $60:200 = 30\%$ Prozent.

⁴ F.A.Z., 27.06.2014, Seite 17.

dien halten es mit der politischen Klasse. So titelte die FAZ ⁵ z.B.: „**Die EU torpediert die EEG-Reform**“. Sie fühlten sich bestätigt durch das Urteil des EuGH vom 1. Juli. Das Gericht hat die Klage eines finnischen Unternehmens abgewiesen, das vom schwedischen Staat die gleichen Zuschüsse verlangt hatte, die Schweden an die eigenen Ökostromproduzenten auszahlt. Die Begründung des EuGH lautete: „*Die EU-Richtlinie von 2009 über erneuerbare Energien verpflichtet die Mitgliedstaaten nicht, deren Förderung auch auf Strom zu erstrecken, der in einem anderen Hoheitsgebiet erzeugt wird*“⁶. Mit diesem Urteil, so wähnten die deutschen Politgranden, sei das Unheil für sie und ihr Ökostromprojekt abgewendet worden. Doch sie haben sich zu früh gefreut, denn der spanische EU-Kommissar Almunia erklärte, am 3.Juli, daß das Urteil des EuGH nicht auf das deutsche Fördermodell übertragen werden könne, weshalb die EU-Kommission das EEG nicht genehmigen werde⁷.

Jetzt haben die Konsenspolitiker der deutschen Parteien noch einmal die Möglichkeit, den Deutschen „reinen Wein darüber einzuschenken“ was da wirklich gespielt wird. Das werden sie wahrscheinlich aber nicht tun, denn das birgt die Gefahr, daß die Deutschen ihnen künftig die Gefolgschaft bei ihrer fanatischen und angeblich alternativlosen Europa-Politik verweigern könnten. Schließlich haben ihnen die Engländer und Franzosen bei der Wahl zum Europa-Parlament vorgemacht, wie das geht. Und die deutsche politische Kaste hat gesehen, welche Folgen das auch für sie haben könnte, wenn ihnen die Wähler in Massen davonlaufen. Man wird also davon ausgehen können, daß die herrschende Klasse der Deutschen Parteien es bei ihrer Klage belassen wird, daß die EU ihr Projekt der Ökostromförderung zerstört, in der Hoffnung, daß ein weiterer Prozeß vor dem EuGH ihnen aus ihrer Not helfen wird.

Das wäre aber nur ein Aufschub auf Zeit. Die reale Entwicklung wird auch die Parteienkaste in Deutschland über kurz oder lang einholen, denn das Auseinanderklaffen von Wirklichkeit und perpetuierter Legenden wird auch für die Deutschen erkennbar größer. Mario Draghi, François Hollande, Matteo Renzi, Mariano Rajoy und Co werden dafür sorgen, daß der sogenannte Stabilitätspakt zum Wachstumspakt uminterpretiert wird und die Wirtschaftskrise in Europa sich in einer allgemeinen Inflation auflöst, in der auch alle Schulden ihren Wert verlieren. Und davon haben die Deutschen im Zuge der Euro Rettungspolitik genug übernommen, weil den Deutschen damit angeblich keine Kosten entstehen.

An dieser Stelle kann der Beobachter der Entwicklung ein Zwischenfazit ziehen:

Die Ökonomie war das Vehikel zur Realisierung einer vorgeblichen Europa-Vision, von der heute die Medien und ratlose Politiker immer wieder schwärmen. Doch hinter der Vision hatten die Politik-Kasten aller beteiligten Länder in Wirklichkeit ihre eigenen persönlichen oder auch nationalen und geopolitischen Ziele verfolgt. Diese Abenteuerreise nähert sich langsam, aber unaufhörlich ihrem Ende. Sie konnte nur deshalb so lange dauern, weil sie den meisten Beteiligten anfangs meßbare materielle Vorteile gebracht hatte. Diese Zeit ist zumindest für die westeuropäischen Länder zu Ende.

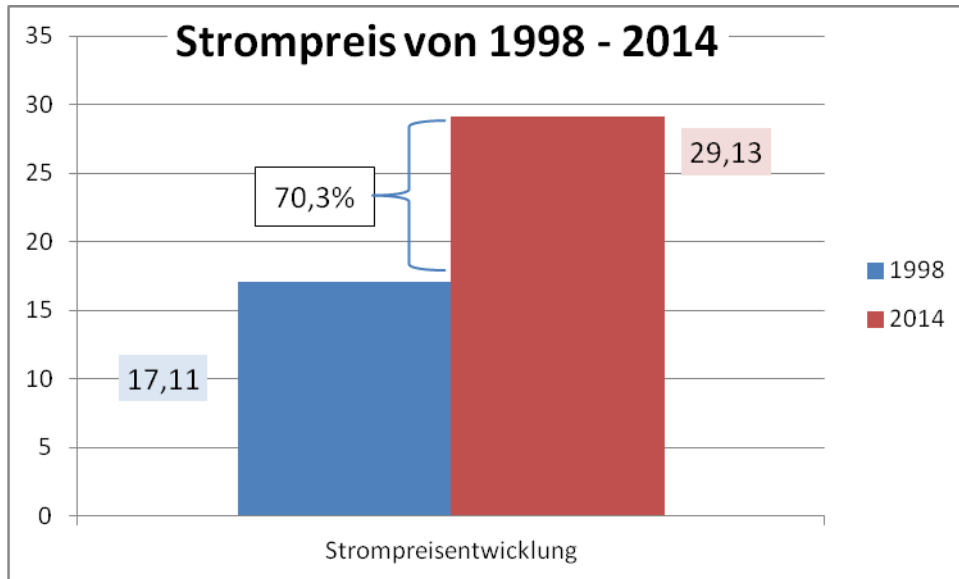
⁵ F.A.Z., 21.06.2014, Seite 22.

⁶ F.A.Z., 02.07.2014, Seite 21.

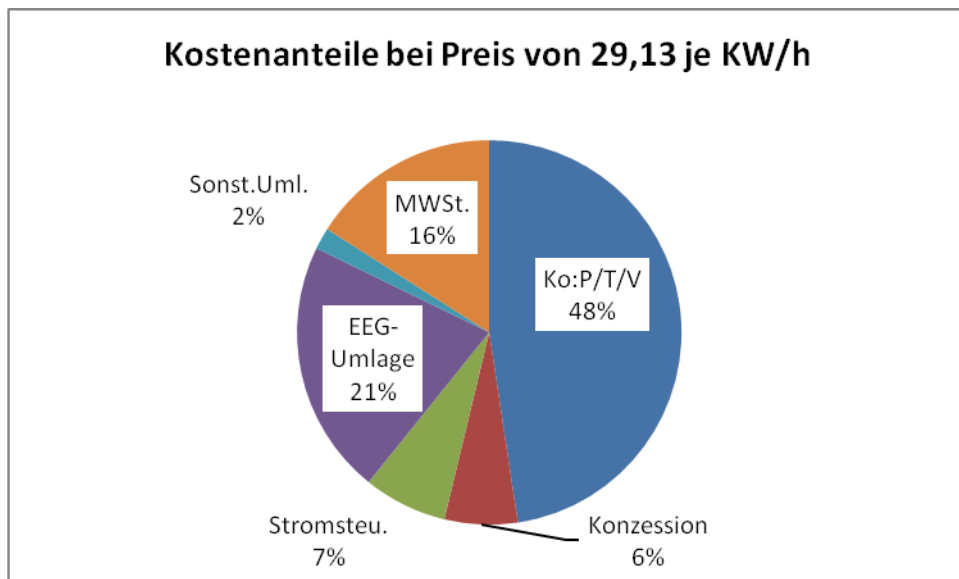
⁷ F.A.Z., 04.07.2014, Seite 22.

Anhang:

Die Strompreisentwicklung seit 1998⁸



Der Anteil der Strompreiskomponenten im Jahr 2014⁹:



Die eigentlichen Stromkosten: Produktion, Transport und Vertrieb machen nur 48 Prozent des

www.hpatzak.de

08.07.2014

⁸ <http://de.wikipedia.org/wiki/Strompreis>

⁹ Angaben des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) für einen 3-Personen-Haushalt mit einem Jahresverbrauch von 3500 kWh in Cent/kWh laut Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (Durchschnittswerte).

Nachwort

Friedrich List und die EU im Lichte der EEG-Reform

Die EU-Kommission hat die EEG-Reform genehmigt.¹⁰ Ist jetzt alles in Ordnung? Sind die Erkenntnisse aus dem ersten Teil dieser Analyse damit gegenstandslos geworden? Auf den ersten Blick schaut das so aus. Doch bei näherer Betrachtung offenbart gerade diese Art der Problemlösung die Fäulnis- und Bruchstellen der EU, die es wert sind, herausgearbeitet zu werden. Beginnen wir mit den Fakten, die von EU-Kommission und deutscher Regierung gesetzt wurden:

Deutschland zahlt in Zukunft die EEG-Umlage auch für die Importe von Ökostrom. Allerdings wird die Zahlung auf 200 Megawatt beschränkt, das sind 3,33 Prozent der erwarteten jährlichen Ökostromsteigerung. Das ist nicht viel, aber die EU-Kommission hat mit diesem Zugeständnis der deutschen Regierung nach außen ihr Gesicht gewahrt.

Es wurde ein Kompromiß ausgehandelt, der das Prädikat „faul“ redlich verdient. Er ändert nämlich nichts an der Tatsache, daß die deutschen Verbraucher den Ökostromproduzenten im EU-Ausland die EEG-Umlage bezahlen werden, nur die Importmenge wurde fürs Erste nach oben beschränkt, also eine **Importquote** festgelegt. Es wurde ein Einfuhrkontingent festgelegt und das ist eines der schwersten Vergehen gegen die Marktwirtschaft und den Freihandel, zumal in einem gemeinsamen europäischen Markt. Der Kompromiß fand allgemeines Lob, hat er doch die EEG-Umlage für Deutschland bezahlbar gemacht und die Ökostromförderung damit gerettet, was die eigentliche und große Sorge der deutschen Politiker war. Ab jetzt erhalten Ökostrom-Anbieter aus anderen EU-Ländern den gleichen Subventionsbetrag wie inländische Ökostrom Produzenten! Überlegen wir, welche ökonomischen Folgen dies haben wird?

Die Subventionierung erhöht den Gewinn und damit das Einkommen der Ökostrom-Produzenten im EU-Ausland. Natürlich verdienen auch die Angestellten und Arbeiter dieser Produzenten Einkommen. Da aber die Ökostromerzeugung kapitalintensiv ist, so daß kaum Personalkosten anfallen (nur für Wartung und Reparatur), weshalb diese zusätzlichen Einkommen nicht ins Gewicht fallen. Das große Geld verdienen in erster Linie die Investoren, und die können auch aus dem EU-Ausland kommen, wie wir bereits festgestellt haben¹¹. Die deutschen Stromverbraucher subventionieren also in erster Linie Kapitalgewinne in anderen Ländern in und außerhalb der EU, weshalb man eigentlich fragen müßte, ob die Subventionierung des Ökostromimports weniger das Wohlergehen der EU-Bürger als die Gewinn- und Renditesteigerung des Kapitals bezweckt?

Die grundlegende Frage aber ist, welchen Zweck das allgemeine Subventionsverbot der EU überhaupt erfüllen soll? Es basiert auf den Lehrsätzen von Adam Smith und David Ricardo aus dem 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts. Danach zeigen die Marktpreise die Knappheit von Gütern und Leistungen an, wodurch die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital dorthin gelenkt werden, wo die Preise hoch sind. Der freie Markt garantiert somit immer den höchstmöglichen Wohlstand in einem Land. Wenn die Preise verfälscht werden, z.B. der Anbieter durch Subventionen einen höheren Preis erhält als der Markt anzeigt, werden Güter und Leistungen (hier Ökostrom) angeboten, die nicht wettbewerbsfähig sind. Mit dem gleichen Einsatz von Kapital und Arbeit könnte man

10 F.A.Z., 10.07.2014, Seite 21: „Deutsches Fördergeld für Import-Ökostrom“.

¹¹ Siehe Seite 3 oben.

mehr Strom auf andere Weise produzieren oder mit einem anderen Produktionsverfahren bräuchte man weniger Kapital und Arbeit, und man könnte zusätzlich noch andere Güter und Leistungen produzieren. Dadurch würde der Wohlstand in einem Land (bei freiem Handle) weltweit steigen.

So viel zur reinen Marktlehre. Im Fall der EU wird das Subventionsverbot etwas einfacher begründet: Wenn ein EU-Land einzelne Branchen oder Produkte subventioniert, dann verschafft es den inländischen Anbietern gegenüber den Anbietern aus anderen EU-Ländern Wettbewerbsvorteile. Als Adam Smith und David Ricardo ihre Theorien entwickelten, gab es zwar die (staatliche) Subventionierung in der heutigen Form noch nicht, aber damals gab es die Einfuhrzölle, die den Inlandsanbietern die Auslandskonkurrenz vom Leibe hielt und damit den gleichen Zweck erfüllte.

Hat also das generelle Subventionsverbot der EU seine ökonomische Berechtigung oder sind die beiden Rechtfertigungsgründe falsch?

Die beiden Erklärungen erfassen die Wirklichkeit nicht. Sie sind statischer Natur und gehen von einem momentanen Stand der Produktionsverhältnisse aus, bei dem die Anbieter über den gleichen Stand der Technik verfügen. Das war schon vor über 200 Jahren falsch. Selbst wenn die Produktionsverhältnisse weltweit gleich wären, machen die einen mehr und andere weniger aus ihrem Produktivvermögen, wozu auch das Humankapital gehört. Heute aber haben sich die Dynamik der Wirtschaft und der technische Fortschritt noch vervielfacht! Auch heute unterstellt das Wettbewerbsmodell konkrete betriebswirtschaftlichen Kosten, die sich aber immer schneller infolge des technischen Fortschritts ändern. Beide Annahmen sind unrealistisch. Diese Erkenntnisse sind nicht neu. Sie wurden zum ersten Mal im Jahr 1841 von Friedrich List in seinem Werk: „Das nationale System der politischen Ökonomie“¹² veröffentlicht.

Im zwölften Kapitel erklärt er seine „Theorie der produktiven Kräfte“¹³, die er der Wertelehre Adam Smiths gegenüberstellt. Seine Erkenntnis, in einem Satz zusammen gefaßt, lautet: „**Wer Schweine erzieht, ist nach ihr (der Wertelehre von A. Smith) ein produktives, wer Menschen erzieht, ein unproduktives Mitglied der Gesellschaft**“¹⁴. An dieser grundlegenden Erkenntnis hat sich bis heute nichts geändert. Bezeichnend ist, daß seine Lehren seit Ende des Zweiten Weltkrieges in der deutschen Wirtschaftswissenschaft kaum Erwähnung finden, geschweige denn seine Theorien (angepaßt an die heutigen Verhältnisse) behandelt werden. In China ist das anders, und offensichtlich werden sie dort auch in die politische Praxis umgesetzt, wie die wirtschaftliche Entwicklung des Landes beweist. Übertragen wir also die Erkenntnisse Friedrich Lists auf die Gegenwart und unser Problem:

Die deutsche Regierung hat für ihr Land die politische Entscheidung getroffen, die Energieerzeugung aus Gründen des Umwelt- und Klimaschutzes und wegen der Unwägbarkeit künftiger Entsorgungskosten und -risiken umzustrukturieren¹⁵. Zu diesem Zweck müssen die (momentan noch teureren) alternativen Energien subventioniert werden. Wenn die EU nun Deutschland die Subventionierung unter der Auflage ge-

¹² Friedrich List: „Das nationale System der politischen Ökonomie“, Cotta'scher Verlag, Stuttgart 1841.

¹³ a.a.O. Kapitel 12, S. 89 ff.

¹⁴ a.a.O., Seite 93.

¹⁵ Die Frage, ob dieser Strukturwandel bei dem jetzigen Stand der Technik ökonomisch sinnvoll oder die Durchführung fehlerfrei gestaltet wurde und wird, steht auf einem anderen Blatt!

stattet, den Ökostrom-Import in gleicher Höhe wie die Inlandsproduktion zu subventionieren, dann würde der Anstieg des Ökostromangebotes in kürzester Zeit für die Deutschen unbezahlbar. Das käme einem Verbot der Ökostrom-Reform gleich. Das wäre ein schwerer Eingriff in die Souveränitätsrechte Deutschlands, für die es in den EU-Verträgen keine Rechtfertigung gibt. Und das wird man in der EU-Kommission eingesehen haben, weshalb man einlenken mußte. Zwar haben alle Länder mit dem Eintritt in die EU oder EWU (Europäische Währungsgemeinschaft) bewußt bestimmte Souveränitätsrechte aufgeben müssen, z.B. in der Geldpolitik (Regulierung der Geldmenge) oder in der Fiskalpolitik (Begrenzung der Staatsdefizite und Staatsschulden). Doch diese Aufgabe haben sie mit ihrer Beitrittsunterzeichnung von Anfang an akzeptiert. Der Souveränitätsverlust auf dem Gebiet der Wirtschaftsstrukturpolitik (hier die Art der Energieerzeugung) ist aber nirgendwo vorgesehen. Ihn hätte die EU aus dem Beihilfeverbot (Subventionsverbot) ableiten müssen. Eine Ableitung, die auch dem EuGH schwer gefallen wäre.

Doch kommen wir zur Ökonomie zurück. Die Dynamik des technischen Fortschrittes erzeugt in immer schnelleren Zyklen neue Produkte und Produktionsverfahren. So auch auf dem Energiesektor. Bevor eine neue Produktionstechnik Marktreife erlangt konkurrenzfähig wird kann viel Zeit vergehen. Es kann auch vorkommen, daß solche Neuerungen nie konkurrenzfähig werden. Man denke nur an den Wankelmotor für Kraftfahrzeuge. Dieses Risiko ist die Politik in Deutschland eingegangen und die Deutschen müssen die Kosten und das Risiko tragen. Einige, die Produzenten von Ökostrom, profitieren aber davon. Wenn nun auch die Ökostromimporte von den Deutschen bezahlt werden müssen, dann profitieren alle ausländischen Produzenten des Ökostroms davon, die weder Kosten noch Risiko tragen! Damit kommt es zu der Fehllenkung der Produktionsfaktoren, die gerade durch das Subventionsverbot verhindert werden sollte.

Wir sehen also, daß ein generelles Subventionsverbot eine ökonomische Torheit ist, genau so, wie es ein Verbot von Erziehungszöllen im 19. Jahrhundert in Deutschland gewesen wäre. Diese Verbote lassen die Dynamik der ökonomisch-technischen Entwicklungen völlig außer acht, genauso wie die Leistungsfähigkeit und den Leistungswillen, der auch bei den europäischen Völkern nicht gleich ausgeprägt ist! Im 19. Jahrhundert hätte der von England proklamierte Freihandel die erst im Aufbau befindliche deutsche Industrie nicht aufkommen lassen und die damit verbundenen Einkommens- und Wohlstandsteigerungen verhindert. Heute ist es ähnlich: Ein im Aufbau begriffener Wirtschaftszweig kann wegen der momentan höheren Produktionskosten nicht konkurrieren. Doch neben diesen betriebswirtschaftlich erfaßbaren Produktionskosten gibt es auch Kosten, die keine Kostenrechnung ausweist. Sie sind nicht quantifizierbar, fallen eventuell und in der Zukunft an. In Deutschland hat eine demokratisch legitimierte Regierung entschieden, das Risiko der Umstrukturierung einzugehen. Sie hat das (1) überhastet getan und dumme Fehler dabei begangen. Und sie hätte (2) von vornherein wissen müssen, daß sie das Subventionsverbot der EU dabei verletzt. Das sind primitive handwerkliche Fehler der Politik, wie man so schön sagt. Anders verhält es sich bei dem zweiten Fehler.

Heute dichtet man den Politikern des Europa-Projektes gerne an, sie seien bei der Inauguration von Visionen geleitet worden: Die einen von Friedens-, die anderen von Wohlstandsvisionen, und wieder andere wollten über den Zusammenschluß den drohenden politischen Machtverlust verhindern oder gar die politische Geltung Europas in der Welt ausbauen. Sie meinten, daß die Wirtschaft das geeignete Mittel sei, den angestrebten

Einigungsprozeß in die Wege zu leiten. Damit beauftragten sie ihnen dienstbare Ökonomen. Die finden sich immer. Sie konstruierten das Gerüst für einen gemeinsamen Markt und später für eine gemeinsame Währung. Das allgemeine Subventionsverbot gehört zu den Eckpfeilern des Konstrukts. Welche Auswirkungen es – zu Ende gedacht – hat, haben wir am Beispiel der EEG-Umlage herausgearbeitet. Das war aber nicht der einzige und nicht der schwerste Fehler. Der Euro hatte noch viel schwerwiegendere Folgen für die europäischen Volkswirtschaften. Er wirkt wie ein sozialistischer Einheitsanzug, den ab jetzt alle Menschen zu tragen haben. Den einen ist er zu weit, den anderen viel zu eng. Vor ihm haben allerdings einige wenige Ökonomen von Anfang an gewarnt. An ihn knüpfte vor allem die französische Politik große Erwartungen, weil man hoffte, damit die deutsche Dominanz in der Wirtschaft, insbesondere infolge der Wiedervereinigung, beenden zu können. Andere erwarteten durch die EU Nettozahlungen und eine stabile gemeinsame Währung einen An Schub für ihre Wirtschaft und steigende Einkommen.

Das funktionierte in den ersten Jahren zunächst auch, bis 2008 die große Krise kam und sich herausstellte, daß man zu viele Schulden gemacht, zu viel konsumiert und zu wenig Produktivitätsfortschritte erreicht hatte. Dank des Euro konnte man billig im Ausland einkaufen, dank der niedrigen Zinsen hatte man die Schulden in schwindelnde Höhen treiben können. Das Pro-Kopf Einkommen und der Lebensstandard stieg, nahezu ohne Zutun! Mit der faktischen Zahlungsunfähigkeit Griechenlands aber bahnte sich seit 2010 die Euro-Krise ihren Lauf, der bis heute nicht beendet ist. Die Schulden haben sich seitdem immer weiter erhöht, ebenso die Arbeitslosigkeit. Den Menschen, vor allem in den betroffenen Euro-Ländern, geht es schlechter denn je.

Je länger die Krise andauerte, desto hartnäckiger verteidigten die Europa-Dogmatiker ihre einmal eingeschlagene – angeblich alternativlose – Politik. Auch die Ergebnisse der Europa-Wahlen in diesem Jahr hat sie nicht nachdenklich gemacht. Zwar sind ihnen die Wähler zuhauf abhanden gekommen, aber durch das Zusammenlegen der Stimmen von Europäischer Volkspartei (EVP) und Sozialdemokraten haben sie sich noch einmal im Europa-Parlament die Vorherrschaft (und die lukrativen Posten) sichern können. Mit Aussitzen und Abwarten glauben sie, das Ende der Krise zu erleben. Doch die in die EU-Konstruktion eingebauten Systemfehler arbeiten auch nach dem Abflauen der Krise weiter. Das „Korsett“, das die EU- und noch stärker die Euro-Länder einschnürt, hat die Mitgliedsländer in der Krise tiefer stürzen lassen als die übrigen Volkswirtschaften der Welt.

Das Land, das als erstes das Korsett ablegen wird, wird auch als erstes die Krise überwinden und in Zukunft wieder eigenverantwortlich über Wohl und Wehe seiner ökonomischen Entwicklung selbst bestimmen können.